



**Stellungnahme des Beirates Woltmershausen
vom 7. November 2016
zu den Schreiben der Senatorin für Kinder und Bildung
vom 7. und 31. Oktober 2016 bezüglich der
Zuordnungen zur Gymnasialen Oberstufe am Leibnizplatz**

Der Beirat Woltmershausen stimmt dem Vorschlag der Senatorin für Kinder und Bildung zu, wonach die Oberschule Roter Sand neben der Wilhelm-Kaisen-Schule und der Oberschule Leibnizplatz der Gymnasialen Oberstufe am Leibnizplatz rechtsverbindlich zugeordnet bleibt.

Begründung:

Die Senatorin für Kinder und Bildung hat die von der Neuordnung zur Gymnasialen Oberstufe am Leibnizplatz betroffenen Beiräte darüber informiert, dass bei den aktuell zu erwartenden Anwahlzahlen zur Gymnasialen Oberstufe am Leibnizplatz, deren Kapazitätsgrenze für das Schuljahr 2017/18 so erheblich überschritten werde, dass eine Änderung bei den derzeit bestehenden Zuordnungen zu den Gymnasialen Oberstufen vorgenommen werden müsse.

Der Beirat unterstützt ausdrücklich die Empfehlung der senatorischen Behörde, es bei der rechtsverbindlichen Zuordnung der Oberschule Roter Sand zur Gymnasialen Oberstufe am Leibnizplatz zu belassen.

Die Oberschule Roter Sand und die Gymnasiale Oberstufe am Leibnizplatz verbindet eine langjährige, gute und intensive Zusammenarbeit. Enge Verzahnungen ergeben sich beispielsweise durch an beiden Schulen tätiges Lehrpersonal, das auf eine genaue Abstimmung bzw. notwendige Weiterentwicklung der Lehrpläne achtet. Insgesamt verzeichnet die Oberschule Roter Sand seit der Kooperation mit der Gymnasialen Oberstufe am Leibnizplatz einen Aufwärtstrend bezüglich Akzeptanz und Anwahl insbesondere durch leistungsstarke Schülerinnen und Schüler.

Der Beirat teilt die Einschätzung der senatorischen Behörde, dass eine Herauslösung aus der derzeitigen rechtsverbindlichen Zuordnung für die Schülerinnen und Schüler der Oberschule Roter Sand aus Woltmershausen, Rablinghausen, Strom und Seehausen zu außergewöhnlich langen Schulwegen und zu einem insgesamt negativen Effekt in der Anwahl der Oberschule Roter Sand führen würde.

Der Beirat kritisiert das bisherige kurzfristige Vorgehen der Behörde. Er hält dies für die betroffenen Eltern und Kinder für eine deutlich unangemessene Belastung.

(Einstimmiger Beschluss)

gez. Czichon

Annemarie Czichon
Ortsamtsleiterin